

# Resümee

## Einleitungsrede der Archivdirektorin der Sicherheitseinheiten

### ► Zlatuše Kukánová

Neben dem Inhalt der neuen Almanachnummer widmet sich die Direktorin den aktuellen Aufgaben des Archivs im Jahre 2012, wie z.B. dem Beenden vom Grundverzeichnis der Nationalarchiverbe innerhalb von 5 Jahren von ihrer Gründung (31. 7. 2012) und kontinuierlichem Übergang zur Bestandaufnahme.

Zu den bisherigen Tätigkeiten kam noch die Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium bei der Umsetzung des Gesetzes Nr. 262/2011 Gb. über antikommunistische Widerstandskämpfer.

Es wurde auch am Aufbau des elektronischen Archivs gearbeitet, Archivunterlagen wurden restauriert, und es wurde ein schneller und komplexer Zugang zu den Archivunterlagen ermöglicht. Teilweise wurde der Mangel an Räumlichkeiten gelöst, die Innenrenovierung vom Gebäude mit beschädigter Statik in Prag 1 Na Struze beendet, das unbrauchbare Gut des Verteidigungsministeriums vom Archiv in Prag 4 Branické náměstí übernommen, und die Betriebskosten für nächste Jahre gesenkt.

Weiter arbeitet das Archiv mit dem Nationalarchiv in Prag, Hochschulen und der Fachöffentlichkeit zusammen, bereitet Archivmaterialien für Filmdokumentationen und Ausstellungen vor. Auf internationaler Ebene ist es gelungen die Kontakte mit den bisherigen Partnern Ungarn, Deutschland, Polen, Österreich, der Slowakei, Slovenien und den USA zu stärken, aktiv an verschiedenen Konferenzen und Workshops, unter anderem an dem sogenannten Network der Archive aus den ehemaligen sozialistischen Staaten, teilzunehmen, und wichtige Kontakte anzuknüpfen. Zu den größten Erfolgen gehört unsere Vertretung im Aufsichtsrat der Plattform des Europäischen Gedenkens und Gewissens und Eröffnung der Zusammenarbeit mit dem Institut Frauenhof in Berlin am Projekt über virtuelle Rekonstruktion des Schriftgutes der ehemaligen Abteilung für Spionageabwehr.

## Die Stellung des totalitären Staates und seiner Sicherheitseinheiten zu der Roma-Minderheit in der Tschechoslowakei (1945–1989)

### ► Tomáš Zapletal

Die vorliegende Arbeit ist wahrscheinlich die erste zusammenfassende Studie, die sich mit dem Thema der Sicherheitseinheiten und Romabevölkerung im sogenannten

totalitären Staat befasst. Im Mittelpunkt dieser Studie steht nicht die Roma-Minderheit selbst, die Aufmerksamkeit wird vielmehr vor allem auf die Stellung (Interesse, Behandlung, Repression) des Innenministeriums (MV) und dessen untergeordneten Organen zu den Roma fokussiert. Diese Studie beruht auf umfassendem Recherchieren von Archivmaterialien über die Tätigkeit des Innenministeriums und dessen untergeordneten Sicherheitseinheiten, vor allem der „Öffentlichen Sicherheit“ (Veřejná bezpečnost – damalige Polizei). Aus den überraschend umfangreichen Unterlagen wurden vier Gebiete und Zeitabschnitte ausgewählt, die jeweils durch spezifisches Verhalten des Sicherheitsapparates den Roma gegenüber gekennzeichnet sind.

Die erste Periode umfasst die 40er Jahre, die an die Politik der sog. „Ersten Republik“ anknüpfen. Es wurde kein einheitliches, gesamtstaatliches Programm gebildet, man hatte lediglich die Vorkriegsnormen übernommen, und den aktuellen Bedürfnissen und örtlichen Besonderheiten angepasst. Die 50er Jahre stellen im Gegenteil dazu eine grundsätzliche Wende in der Stellung der Polizei zur Roma-Minderheit dar. Nach den Jahren der Experimente und Suchens wurde ein streng restriktives Vorgehen gegenüber den Roma festgelegt und folglich auch im Gesetz verankert. Diese Tendenz wurde bis zum Ende der 80er Jahre eingehalten. Das Innenministerium war zu dieser Zeit der dominante Teil der Staatsverwaltung, der sich mit der Roma-Frage beschäftigte. Das Innenministerium legte selbst gesetzliche Normen fest und führte auch die Kontrolle über deren Anwendung durch. Dem Ministerium oblagen sowohl Verwaltungssämter als auch die Akten der Minderheiten und somit verfügte es über sehr gute Kenntnisse der damaligen Roma-Gesellschaft. Die radikale und souveräne Stellung der Sicherheitseinheiten zu den Roma änderte sich in den 60er Jahren. Damals wurde die restriktive Politik der erzwungenen Sesshaftigkeit und Kontrolle der Bevölkerung gelockert. Gleichzeitig mit den Änderungen in der Gesellschaft wurde dieses Thema diskutiert und neue Wege in der Staatspolitik gesucht.

Tatsächlich hatte man Ende der 60er Jahre die Befugnisse des Innenministeriums begrenzt und neue unabhängige Kommissionen gebildet. In den Jahren der Normalisierung wurde dieser vielversprechende, differenzierte Trend weiter fortgesetzt. Das Innenministerium spielte darin die Rolle, die ihm zustand, und zwar die Kontrolle von Gerechtigkeit und Ordnung. Diese Periode ist von den vier untersuchten die längste und weist keine spezifischen Merkmale auf. In der Menge des erhaltenen Materials sind jedoch örtlich differenzierte Vorgehen der „Öffentlichen Sicherheit“ zu finden, die deren Vorstellung über den gängigen Umgang bei Einsätzen zeigen, der oft auf die künstliche Kriminalisierung der Roma-Minderheit ausgerichtet war. Die Studie bestätigt die allgemein bekannte Tatsache, dass das Innenministerium und die Sicherheitseinheiten des Staates maßgeblich die Staatsmacht (nicht nur in dem untersuchten Zeitraum) beeinflussten, und dadurch den Umgang der Staatsinstitutionen mit der Roma-Minderheit bestimmten.

## Wiederherstellung der Sicherheitsorgane und deren Tätigkeit im Grenzgebiet des Bezirks Znaim (Mai 1945 – Januar 1946)

### ► Karel Koc

Ein Teil des Grenzgebietes des Bezirks Znaim wurde in den Jahren 1938-1945 an den Reichsgau Niederdonau angeschlossen. Die Gebietsrevision nach dem Münchner Abkommen sollte beweisen, dass dieses Randgebiet überwiegend von deutscher Bevölkerung besiedelt ist. Trotz der deklarierten Volksabstimmung wurden schließlich einige Dörfer dieses Randgebietes dem Reich zugeschlagen, obwohl dort die tschechische Bevölkerung überwog. Einige Dörfer wurden später wieder aus der Landnahme herausgenommen, aber trotzdem hat die neu bestimmte Grenze der fünften Zone die aktuelle demografische Situation nicht berücksichtigt.

Nach der Befreiung hat sich die neue tschechische Regierung vor allem auf die Reste der deutschen Bevölkerung konzentriert, die pauschal für das ganze Kriegsübel schuldig gehalten wurde. Deutsche Bevölkerung der Grenzgebiete war folglich der andauernden Verfolgung seitens des neu entstandenen Sicherheitsapparates-Gendarmerie (auf dem Lande), Polizei (in Znaim) und weiter von Mitgliedern der revolutionären Gruppierungen der Nationalwache (Národní stráž) und des Widerstandes (Partisanen) ausgesetzt. Während der Internierung der NSDAP-Mitglieder (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) und anderer nationalsozialistischer Gruppierungen nutzte der Bezirksnationalausschuss (ONV) in Znaim das Gebäude der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt unter offiziellem Namen „Direktion der Nationalsicherheit in Znaim-Internierungslager Znaim“. Häufig wurde jedoch dieses Lager als „robotárna – Zwangsdienststelle“ – (sogar auch in Amtskorrespondenz) genannt. Leider kam es hier auch zu Gewalttaten.

Die meisten prominenten NSDAP-Mitglieder und hiesige Kriegsverbrecher flohen noch vor der Front nach Österreich. Viele nutzten das Nachkriegschaos aus und verbargen ihre Identität.

An der Nachkriegsausweisung der Deutschen aus der Stadt Znaim beteiligten sich teilweise revolutionäre Gruppierungen der Militärschutztruppe, die aus den Mitgliedern von NS – Nationalwache zusammengesetzt waren und weiter eine der Partisanenpolizeitruppe. Die Aussiedlung des Randgebietes (d.h. einer Region vom ehemaligen Gerichtsbezirk Vranov und weiterer deutschen Gemeinde südöstlich von Znaim) erfolgte überwiegend unter der Aufsicht der Militärtruppe des Infanterieregiments 24. Znaim.

Die potenzielle Gefahr des Widerstands der deutschen Bevölkerung, die in der Nachkriegszeit unter dem Begriff „Werwolf“ bekannt war, erreichte hier im Vergleich zu den anderen Grenzgebieten nicht so hohe Intensität. Dazu bestand der Verdacht, dass einige Auseinandersetzungen fingiert wurden, um einen Grund zur Vertreibung der Deutschen zu haben.

Viele Sicherheitsrisiken brachte auch die Anwesenheit der Roten Armee mit sich. Liniensoldaten begangen sehr oft verschiedene Straftaten (Diebstahl, Vergewaltigung,

Mord ...) Die längere Zeit andauernde Anwesenheit einer fremden Armee wurde übrigens seitens der tschechischen Bevölkerung nicht mit Begeisterung empfangen, genauso wie die Präsenz der restlichen deutschen Bevölkerung im Grenzgebiet, die im Jahre 1946 endgültig in die amerikanische Okkupationszone in Bayern ausgesiedelt wurden.

## Auf der Friedenswache

### Grenzwache und Öffentlichkeit in den Jahren 1948–1956

#### ► Eva Palivodová

Diese Arbeit widmet sich dem Thema Grenzwache und Öffentlichkeit in den Jahren 1948–1956. Man verfolgt ihre Erscheinung in der Belletristik, Presse, und auch visueller Darstellung. Weiter wird die Aufmerksamkeit der öffentlichen Repräsentation anlässlich des ersten Tages der Grenzwache im Jahre 1956 gewidmet. Der letzte Teil ist auf das Zusammenleben der Grenzsoldaten mit der Zivilbevölkerung fokussiert, denn dieser unmittelbare Kontakt beeinflusste das Gesamtbild der Grenzwache. Zu den wichtigsten Formen der Zusammenarbeit gehörten Nachrichtenaustausch (Helfer der Grenzwache), Mitarbeit mit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und mit dem Verband der Tschechoslowakischen Jugend, und weiter Teilnahme an Kultur-, Kinder-, und Jugendveranstaltungen.

Die Studie zeigt, auf welche Art und Weise sich die Grenzwache der Öffentlichkeit präsentierte und welche Charakterzüge des Grenzsoldaten in bestimmten Medien hervorgehoben wurden. Besonders wurden folgende Merkmale betont – Grenzsoldat als Held, der dem tückischen, hinter der Grenze lauernden Feind standhält, sein Opfer für die Heimat, Dienst unter erschwerten Bedingungen getrennt von seiner Familie, Lebensopfer, Abenteuer – Leben in der Natur, Kontakt mit dem Volk, Tiere – Hunde und Pferde.

Aus den literarischen Werken stellen bedeutende Quellen vor allem die Werke von Rudolf Kalčík dar. Dieser Autor hat das berühmte Buch „Der König des Böhmerwaldes“ und weitere Geschichten mit der Grenzschutzthematik geschrieben.

Die visuelle Darbietung der Grenzsoldaten ist auf den zeitgenössischen Plakaten, Fotografien in der Zeitschrift „Tschechoslowakischer Soldat“ und auch in den Filmen zu finden. In der landesweiten Presse (z.B. Rudé právo – „Rotes Recht“) stand das Thema Grenzwache eher am Rande der Aufmerksamkeit und wurde meistens nur als Teil der tschechischen Streitkräfte behandelt, viel wichtiger für das Image der Grenzwache waren die Zeitschriften „Grenzwache“ – Pohraniční stráž (Grenz- und Innenwache Pohraniční a vnitřní stráž) und „Grenzsoldat“ – Pohraničník.

Der Artikel beschäftigt sich weiter mit dem Verhältnis der Grenzsoldaten zu der Bevölkerung in den Grenzgebieten und sucht die Antwort auf die Frage, ob die Suche

nach den freiwilligen Grenzschützern erfolgreich war. Freiwillige Informatoren zu gewinnen und dadurch den Grenzschutz und Undurchdringlichkeit des Eisernen Vorhangs zu gewähren war nämlich das Hauptziel der Propaganda der Grenzwache. Dieses Ziel wurde jedoch in den Jahren 1948–1956 nicht völlig erreicht, laut der Kommandanten der Grenzwache stellte sich hiesige Bevölkerung zur Grenzüberwachung eher gleichgültig.

## Fliege im Spinnengewebe

### Laufbahn von Jiří Hošek auf dem kommunistischen Innenministerium

#### ► Milan Bárta

Jiří Hošek gehörte zu der zahlreichen Gruppe von jungen Leuten, die nach der Kriegserfahrung im Mai 1945 in die Dienste des neu aufgebauten Innenministeriums (MV) eintraten und gleichzeitig auch Mitglieder der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wurden. Seine Vorgesetzten wurden bald auf einen intelligenten und fähigen Mitarbeiter aufmerksam und nach kurzer Zeit wurde ihm die Verarbeitung der Personalangelegenheiten des Ministeriums anvertraut. Zu der Zeit bedeutete das, dass er sich an der Stärkung des Kommunismeneinflusses zum Nachteil der Nichtkommunisten beteiligte.

Bei dieser Tätigkeit knüpfte er Kontakte mit vielen damaligen prominenten Persönlichkeiten wie z.B. Karel Černý, Jindřich Veselých, und vor allem Josef Pavel an, dessen enger Mitarbeiter und Bewunderer er lebenslang blieb.

In der ersten Hälfte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts – in der Zeit der größten politischen Prozesse – wurde Jiří Hošek des Staatsschutzdeliktes verdächtig, vor allem wegen Kontakte mit Josef Pavel und Rudolf Slánský, aber auch wegen seiner teilweisen jüdischen Herkunft. Nur mit Glück entwich er der Verhaftung und Verurteilung, ihm wurde jedoch sein Dienstgrad entnommen und er wurde von der Staatssicherheit (StB) zu der Öffentlichen Sicherheit (VB) zugeordnet.

In der Zeit der Revision der politischen Prozesse, in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, wurde er rehabilitiert und begann in dem politischen Apparat des Innenministeriums zu arbeiten. Im Jahre 1963 wurde er der neu entstandenen studien-analytischen Gruppe zugeteilt (spätere Bildungsabteilung des Innenministeriums). Diese Abteilung formulierte die ersten Entwürfe der Reform der damaligen Polizei. Die Mitarbeiter dieser Abteilung beteiligten sich im großen Maße am Prager Frühling.

Im Jahre 1968 wurde Jiří Hošek Vorstand des Sekretariats und einer der treuesten Mitarbeiter von Josef Pavel. Im August 1968 stellte er sich stark gegen die Besetzung des Landes von den Truppen des Warschauer Paktes und gehörte zu den führenden Mitarbeitern der Staatssicherheit, die interniert und in kurzer Zeit von den sowjetischen Soldaten in die DDR entführt wurden. Nach der Freilassung Anfang September

1968 fand der neue Innenminister für ihn keine geeignete Stelle und so beantragte Jiří Hošek seine eigene Entlassung. Wie mehrere seiner Kollegen-Reformatoren fand er für kurze Zeit Zuflucht im kriminalistischen Amt. Bald wurde seine Tätigkeit im Jahre 1968 überprüft und ihm drohte, dass er vor Gericht gestellt wird.

Im Jahre 1970 wurde er aus der kommunistischen Partei ausgeschossen und gleichzeitig aus dem Innenministerium entlassen. Er hatte Probleme eine Zivilstelle zu finden und bis 1989 wurde er dauerhaft von der StB observiert. Nach dem Jahr 1989 wurde er rehabilitiert und wirkte für kurze Zeit als Berater in der Fachkommission des Innenministers Richard Sacher.

Jiří Hošek war keinesfalls ein unschuldiges Opfer des kommunistischen Regimes. Er beteiligte sich selbst an seinem Aufbau. Die harte Ernüchterung in den 50er Jahren führte ihn dazu, dass er im Jahre 1968 mit seinen anderen gleichgesinnten Kollegen die kommunistische Staatssicherheit zu reformieren versuchten. Am Ende seines Lebens betrachtete er einige Ereignisse sehr kritisch und bereute, dass er viel früher hätte einsehen müssen, wie viel Übel im Namen des Kommunismus begangen wurde.

## **Bischof Josef Hlouch** **Ausgewählte Dokumente der Staatssicherheit**

### ► **Petra Gabrielová**

In den Tagen vom 11.– 29. Juli 2012 fand in České Budějovice die Ausstellung mit dem Namen „Ich trage Sie alle in meinem Herzen in die Ewigkeit....Budweiser Bischof Josef Hlouch (1902–1972)“ statt. Diese Ausstellung stellte das Leben und die Tätigkeit des Bischofs Josef Hlouch durch Veröffentlichung von Dokumenten aus staatlichen und kirchlichen Archiven vor. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Ausstellung wurde von Světlana Ptáčnicková und Petra Gabrielová im Archiv der Sicherheitseinheiten (ABS) zum Thema „Tätigkeit des Budweiser Bischofs und seiner Verfolgung von Sicherheitseinheiten des totalitären Staates“ recherchiert.

Der vorliegende Artikel entstand aufgrund der gefundenen Quellen der Staatssicherheit (StB), die die schwierige Lebenssituation von Hlouch zeigen, in der er mit der totalitären Macht im kommunistischen Regime konfrontiert war. Die im Rahmen der Ausstellung präsentierten Akten aus dem Archiv (ABS) sollten nicht nur die jeweiligen Personen der angeblichen „feindlichen“ und „staatsschädigenden“ Tätigkeit überführen, sondern auch den Bischof Josef Hlouch. Kopien der Akten sind mit Kommentaren versehen, in denen sich die Autorin bemühte, durch Trennung der Wirklichkeit vom ideologischen Ballast der kommunistischen Propaganda die Unsinnigkeit und Absurdität dieser Anschuldigungen gegen Josef Hlouch zu beweisen.

Die illustrierenden Beispiele in dem vorliegenden Artikel beinhalten folgende Dokumente: Schema des Aussageprotokolls vom Vikar Tomáš Beránek aus Vodňany,

Fragment aus dem Vernehmungsprotokoll der Ordensschwester Evarisa Marie Soukupová, die Josef Hlouch in der Zeit seiner Internierung pflegte, Auswertung der Gruppenakten von Antonín Jarolímek, Augustin Malý, Josef Šída und weiteren nahen Mitarbeitern des Budweiser Bischofs, Abschrift des von Antonín Jarolímek heimlich überreichten Berichts an Josef Hlouch und den Entlassungsvorschlag vom Bischof Josef Hlouch aus der Internierung.

Der Artikel wird mit einem kurzen Lebenslauf vom Bischof Josef Hlouch ergänzt, in dem sich die Autorin vor allem auf dessen Stellung zum kommunistischen Regime konzentrierte.

## Legalisierung der Apostolischen Kirche in der totalitären Tschechoslowakei unter Berücksichtigung der Archivquellen der Staatssicherheit

### ► Petra Gabrielová

Der Artikel umfasst die historische Entwicklung der Beziehung zwischen der totalitären Staatsverwaltung und der Pfingstkirche, die schon am Anfang des 20. Jahrhunderts vor allem in Nordmähren um die Stadt Tešín, später auch in Prag und Brunn entstand. Der vorliegende Text beschäftigt sich mit der Periode vom Jahr 1963 bis zum Jahr 1988, weil damals die Vertreter der künftigen Apostolischen Kirche mit der Abteilung für kirchliche Angelegenheit des Kulturministeriums um die Zulassung ihrer Tätigkeit handelten. Der Legalisierungsprozess der Apostolischen Kirche – Pfingstkirche war in der damaligen kommunistischen Tschechoslowakei sehr kompliziert. Er spiegelte einerseits die allgemein ablehnende Stellung des Regimes zu den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften wider, andererseits demonstrierte dieser Fall den uneinheitlichen Umgang der kommunistischen Verwaltung in der kirchlichen Problematik. Die Apostolische Kirche wurde in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik am 25. Januar 1989 legalisiert. Heute hat die Apostolische Kirche auf dem Gebiet Tschechiens weniger als 5000 Mitglieder, ihren Sitz hat sie in Kolín, Gemeinden und Predigtstationen in der ganzen Republik. Die Apostolische Kirche betreibt in Kolín eine Höhere theologische Missionsschule. Außerdem unterhält die Apostolische Kirche den Verlag „Křesťanský život“ (Christliches Leben) und gibt die Zeitschrift „Život v Kristu“ (Leben in Christus) heraus. Ihre Tätigkeit präsentiert die Kirche auf der Webseite [www.apostolskacirkev.cz](http://www.apostolskacirkev.cz).

Die Studie geht aus drei Informationsquellen heraus. Es geht um Materialien aus dem Nationalarchiv, aus den kirchlichen Archiven und Unterlagen aus dem Archiv der Staatssicherheit, die wegen der bedeutenden Rolle der Staatssicherheit in diesem Fall nicht zu vermeiden waren.

## Die Geschichte von Jaroslav Kaska, dem Agenten – Fußgänger

### ► Jíří Petráš

Ende der 40er und die erste Hälfte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts waren vom kalten Krieg zwischen zwei Weltsystemen gekennzeichnet. Es wurden nicht nur ökonomische, politische und kulturelle „Kämpfe“ geführt, sondern auch militärische.

Die Unversöhnlichkeit zwischen beiden Weltsystemen hatte verschiedene Formen. Sie spiegelte sich auch in der Entwicklung und Form des Grenzschutzes wider. Grenzgebiete der Tschechoslowakei gewannen an Bedeutung, die Grenzlinie trennte nicht nur Staaten, sondern ganze „Blöcke“ voneinander.

Eine ganz besondere Erscheinung dieser Zeit waren die Agenten – Fußgänger, das Fußvolk auf dem Schlachtfeld, das objektiv genommen, vor allem eine symbolische Bedeutung hatte. Sie stellten eher eine Figur in den Händen der höheren Macht dar, in deren Interesse sie jederzeit geopfert werden konnte.

Einer von diesen Agenten war Jaroslav Kaska. Er wurde am 3. April 1925 als Sohn des Bäckermeisters Josef Kaska und seiner Frau Marie in der Straße Dobrovodská Nr. 902 in Suché Vrbno bei České Budějovice – Budweis geboren. Er wurde in patriotischer Gesinnung, in den national-sozialistischen und Masaryk-Traditionen erzogen. Er war Mitglied des Vereins Sokol. Am Anfang des Jahres 1943 reichte er die Anmeldung in das Kuratorium für Jugenderziehung ein.

Ein weiterer Wendepunkt im jungen Leben von Jaroslav Kaska kam unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Seiner Anmeldung zu dem Korps der Nationalsicherheit! (SNB) aus dem 27. Juni 1945 ist zu entnehmen, dass er angeblich in den Tagen 5.–22. Mai 1945 Mitglied der Partisanengruppierung „Macháček“ war. Seine Karriere bei der Nationalsicherheit wurde schon im folgenden Jahr 1946 beendet, da er freigelassen wurde. Im September 1948 trat er seinen Dienst beim Militär an. Am Militärflughafen in Planá, wo er teilweise seinen Dienst leistete, wurde er von einigen ehemaligen tschechoslowakischen Piloten der Luftstreitkräfte des Vereinigten Königreichs Großbritannien (RAF) wegen Schleusung ins Ausland angesprochen. Zu dieser Zeit begann seine Schleusertätigkeit.

Ende Februar 1949 flüchtete er selbst vor Verhaftung ins Ausland, wo er professioneller Agent-Fußgänger wurde. Im August 1951 wurde er auf eine Mission in die Tschechoslowakei geschickt. Diese erwies sich als seine Letzte. Bei der Rückkehr, nach dem Überschreiten der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze wurde er am 17. August festgenommen. Die darauf folgenden neun Monate verbrachte er in sowjetischen Gefängnissen und erst dann wurde er in die Tschechoslowakei ausgeliefert.

Erst im Jahre 1964 wurde er freigelassen. Seitdem lebte er in České Budějovice – Budweis, wo er auch zum zweiten Mal heiratete. Jaroslav Kaska starb am 29. Februar 2004, beigesetzt ist er auf dem Friedhof Mladem (Budweis).

## Administrative und Schriftgut mit Spionageabwehrcharakter Das einheitliche System für Evidenz, Statistik und Archivführung der Staatssicherheit in den Jahren 1970–1989

### ► Pavel Žáček

Nachdem sich die Sicherheitssituation auf der föderalen und Landesebene beruhigt hatte, trat die Leitung der Staatssicherheit zur notwendigen Revision der Administrative, deren Ziel nicht nur effizientere konspirative Arbeit, Änderung einiger „gelüfteten“ Arbeitsmethoden, neue Führungsmethoden der Evidenz, Statistik und des Archivs, sondern auch einheitliche Tätigkeit der Staatssicherheit war. Auf der zentralen Ebene stellte diese spezifische Aufgabe die unabhängige Abteilung für Statistik und Evidenz sicher, die nach und nach vom Sekretariat des föderalen Innenministeriums und der inneren Organisationsverwaltung des föderalen Innenministeriums übernommen wurde.

Neue Richtlinien für Evidenz, Statistik und Administrative aus dem Jahr 1973 und besonders aus dem Jahr 1978 sollten Ordnung in die überwucherte Agenda der Spionageabwehrabteilungen der Staatssicherheit und der Grenzwaache bringen. In den darauf folgenden Jahren wurden die Richtlinien nur unerheblich geändert. Bis Ende der 80er Jahre wurden diese Änderungen nicht einmal völlig in Kraft gesetzt.

## Stellungnahme der Fachkommission zum Informationssystem des föderalen Innenministeriums „Evidenz der Personen von Interesse“

### ► Peter Rendek

Autoren der Arbeit Stellungnahme der Fachkommission zum Informationssystem des föderalen Innenministeriums „Evidenz der Personen von Interesse“ erarbeiteten am Anfang des Jahres 2011 für die Leitung des Archivs der Sicherheitseinheiten (ABS) umfangreiche Unterlagen. Sie beschäftigten sich mit der Struktur und Funktion des Informationssystems der Personen von Interesse (EZO), weiter mit der Verbindung dieses Systems an die anderen Informationssysteme der Staatssicherheit, Umlegung des Systems EZO aus den Kompetenzen des Innenministeriums der Tschechischen Republik in die Kompetenzen des Archivs der Sicherheitseinheiten und mit dem Antrag über Zusammenwirkung vom 10. November 2010 im Rahmen des vom Amt für Personendatenschutz geführten Verfahrens wegen Gewährung der elektronischen Form der Datei EZO.

In dem ersten Teil über den Zweck, die Struktur und das Betreiben des Informationssystems EZO stützten sich die Autoren auf Archivmaterialien und stellten fest, dass die Entwicklung dieses Informationssystems als Hauptkoordinierungssystem

der Staatssicherheit (StB) weder zum 17. November 1989 noch 15. Februar 1990 im Rahmen des Föderalen Innenministeriums (FMV) bei weitem abgeschlossen wurde. Es ist nicht gelungen, die vorbereitete Datenbasis zu überprüfen, und die 15–20% Fehlerhäufigkeit zu entfernen. Der Zustand der elektronischen Version entsprach nicht der manuellen Datei, die von der Abteilung für Statistik und Evidenz der inneren und organisatorischen Verwaltung des FMV geführt wurde. Nicht einmal die Verbindung mit anderen Informationssystemen – vor allem mit dem Informationssystem des Zentralregisters der Verzeichnisse – wurde bis zu den festgesetzten Terminen realisiert. Das Informationssystem EZO wurde vom föderalen Innenministerium nicht einmal nach dem 15. Februar 1990 abgeschlossen. Es wurde weiter von der Abteilung für Statistik und Evidenz und deren Nachfolgern zugunsten der neu errichteten Informations- und Sicherheitseinheiten benutzt.

Im Zusammenhang mit der Spaltung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (ČSFR) entstanden zwei elektronische Versionen des Systems EZO, die nicht identisch waren. Nach dem Jahr 1993 wurde das Informationssystem EZO mit dem Informationssystem des Zentralregisters der Verzeichnisse und mit der sog. Abgeordnetendatei und einigen weiteren Dateien des Innenministeriums in dem bis Jahr 2007, bzw. 2008 betriebenen System WYSE vereinigt.

In dem Teil über Umlegung des Systems laut Abs. 1 § 14 des Gesetzes Nr. 181/2007 Slg. und Beschlusses der Regierung Nr. 852 vom 25. Juli 2007 wurde die Übernahme des Informationssystems EZO vom Archiv der Sicherheitseinheiten erwähnt. Sie erfolgte laut Protokoll am 1. Februar 2008 und zwar in der Form der Quelldateien, die aus dem System WYSE im Zeitraum Mai 2007 – Juli 2007 herausgenommen wurden. Der letzte Teil des Beitrags wird dem Antrag über Zusammenwirkung vom 10. November 2010 im Rahmen des vom Amt für Personendatenschutz geführten Verfahrens wegen Gewährung der elektronischen Form der Datei EZO gewidmet.

### Agende des III. Widerstands im Archiv der Sicherheitseinheiten

#### ► **Tomáš Bursík**

Ende Sommer 2011 wurde im Parlament der Tschechischen Republik das Gesetz Nr. 262/2011 Gb. über antikommunistische Widerstandskämpfer verabschiedet. Das Gesetz trat symbolisch am 17. November 2011 in Kraft. Seine Aufgabe besteht darin, die Personen moralisch anzuerkennen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und Demokratie eingesetzt haben. Im Text wird die Rolle des Archivs der Sicherheitseinheiten in ihrer Entwicklung beschrieben, an deren Ende die Herausgabe der Bescheinigung für antikommunistische Widerstandskämpfer steht. Gleichzeitig macht das Gesetz auf einige Probleme aufmerksam, die bis jetzt im Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Agenda in der Praxis entstanden sind.

## Konferenz „Tätigkeit der tschechischen Nachrichtendienste in Österreich in den Jahren 1945–1989“, Raabs an der Thaya 8.–9. April 2012

### ► **Světlana Ptáčnicková**

An der internationalen Konferenz haben das Archiv der Sicherheitseinheiten Herr Petr Dvořáček (Abteilung der Archivfonds des föderalen Innenministeriums Prag Na Struze) und Frau Světlana Ptáčnicková (Stellvertreterin des Archivs) vertreten. Am ersten Tag stand die feierliche Eröffnung auf dem Programm, am zweiten Tag wurden die Beiträge der Historiker präsentiert, die in drei Gruppen – „Tätigkeit der Nachrichtendienste in Österreich“, „Grenzen“, „Quellen, methodische Möglichkeiten: Wie es mit dem Schriftgut der Nachrichtendienste zu arbeiten ist?“ – gegliedert waren. Die Konferenz hat bei den Medien großes Interesse erweckt. Das gemeinsame Projekt vom Institut für das Studium totalitärer Regime, Archiv der Sicherheitseinheiten und dem Ludwig Boltzmann Institut wird fortgesetzt, und dessen Ergebnisse werden auf der nächsten Konferenz der Öffentlichkeit präsentiert.

## Konferenz „Wir sind schon alles.“ Tschechoslowakische Gesellschaft 1945–1960. Pädagogische Fakultät der Karlsuniversität Prag, 24.–25. Mai 2012

### ► **Jitka Bílková**

Der Bericht beschäftigt sich mit dem Verlauf der internationalen Wissenschaftskonferenz „Wir sind schon alles. Tschechoslowakische Gesellschaft 1945–1960.“ Hier wurden 35 Beiträge vorgetragen, die sich mit dem Leben in der sozialistischen Tschechoslowakei aus verschiedenen Sichtwinkeln beschäftigt haben. Die Tagungen fanden vom 24.–25. Mai 2012 an der Pädagogischen Fakultät der Karlsuniversität Prag statt. An der Konferenz nahmen neben den renommierten tschechischen und ausländischen Wissenschaftlern einige Mitarbeiter des Archivs der Sicherheitseinheiten und auch Forscher-Anfänger teil.

## Arbeitsreise in die USA (Washington, D. C.; Boston)

### ► **Jitka Bílková, Xenie Penížková**

Ende August, Anfang September 2012 verbrachte die Delegation der Mitarbeiter des Archivs der Sicherheitseinheiten und des Instituts für das Studium totalitärer Regime drei Wochen in den USA. Wie schon in vorigen Jahren konnte der Aufenthalt dank der Zusammenarbeit mit der Partnerinstitution „United States Holocaust Memorial

Museum“ stattfinden, mit der im Jahre 2008 ein Vertrag unterschrieben wurde. Der Reisebericht beschreibt Besuche von wichtigen Gedankenstätten sowohl in der Hauptstadt Washington, D. C. als auch in Boston und erwähnt weitere Arbeitsbegegnungen. Die Autorinnen haben vor allem die Sammlungen der besuchten Archive vorgestellt und den Lesern den Betrieb dieser Institutionen nähergebracht. Sie haben sich auch auf wichtige, die tschechische Geschichte betreffende Dokumente in amerikanischen Archiven fokussiert.

### Exkursion der Tschechischen Archivgesellschaft

#### ► **Pavel Vaněk**

In den Tagen 4.–6. Oktober 2012 hat die Tschechische Archivgesellschaft eine Fachexkursion in den Regionen Pilsen und Chodenland veranstaltet. An der Exkursion nahmen auch die Mitarbeiter des Archivs der Sicherheitseinheiten Jana Barbora Slaběňáková und Pavel Vaněk teil. Am ersten Tag wurden das staatliche Archiv in Pilsen-Süd in Blovnice und das staatliche Archiv in Pilsen und Klášter u Nepomuku besucht. Am nächsten Tag haben die Teilnehmer das Bezirksarchiv Domažlice in Horšovský Týn besichtigt. Der Nachmittag wurde der Stadt Pilsen gewidmet. Auf dem Programm stand das Denkmal der Opfer des Bösen, das seit den 60er Jahren von Herrn Luboš Hruška – ehemaligem politischen Gefangenen – wie ein Meditationsgarten aufgebaut wird. Der Abschluss tag wurde landeskundlich gestaltet. Von Domažlice fuhren die Teilnehmer nach Kout im Böhmerwald, wo sie eine neu renovierte Brauerei besichtigt haben. Die Exkursion wurde durch die Schlossbesichtigung in Chudenice abgerundet.

Die Exkursion wurde als gelungen befunden, die Teilnehmer haben nicht nur Übersicht über hiesige Archive bekommen, sondern auch darüber, wie die Gebäude zu Archivzwecken umzuwandeln sind.

### Konferenz „Need to Know II.“, Odense, 16.–17. Oktober 2012

#### ► **Daniel Běloušek**

Vom 8. bis 9. November 2011 fand die erste jährliche Konferenz „Need to Know“ mit dem Untertitel „Intelligence and Politics, Western and Eastern Perspectives“ in Brüssel statt. Die Konferenz wurde vom polnischen Institut für Nationales Gedenken (IPN) im Zusammenarbeit mit dem „Center for Cold War Studies“ der University of Southern Denmark organisiert. An diese Konferenz knüpfte ein Jahr später die zweite Tagung an, die in der malerischen dänischen Stadt Odense stattfand.

Diesmal trug die Konferenz den Titel „Need to Know II. – Lessons Learned“. Die internationale Konferenz konzentrierte sich auf die Bedeutung und Wirkung der Nachrichtendienste im Osten und Westen nach dem Zweiten Weltkrieg. Historiker aus Polen, Dänemark, Österreich, Rumänien, den USA und weiteren Ländern haben in ihren Beiträgen verschiedene Methoden und Formen der Arbeit von Nachrichtendiensten in weiteren ökonomischen und politischen Zusammenhängen analysiert. Die Tagung wurde in mehrere thematisch verbundene Abschnitte gegliedert, die der Problematik von Verfügbarkeit und Nutzung der menschlichen Ressourcen (sog. HUMINT), der Problematik von Überläufern und dessen Motiven, der Migrationsproblematik und der Krisenbewältigung im allgemeinen Kontext gewidmet waren.

## Archivmaterialien der Sicherheitseinheiten werden zu Europa-Erbe

### ► Pavel Kugler

Vom 8.–9. November 2012 fand im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin Hohenschönhausen das Treffen der „Plattform des europäischen Gedenkens und Gewissens“ (Platform of European Memory and Conscience) statt. Es handelt sich um eine Organisation die 37 Institutionen aus 13 EU-Staaten, Kanada, Moldavien und der Ukraine vereint. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehört auch das Archiv der Sicherheitseinheiten (ABS). Die Plattform hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Kooperation nationaler Forschungsinstitute, Archive, Museen und vergleichbarer Institutionen in Europa zu unterstützen. Dies schließt neben staatlichen auch private Institutionen ein, die sich der Aufarbeitung totalitärer Regime widmen. Die besondere Betonung liegt hierbei auf Nationalsozialismus und Kommunismus. Die Plattform möchte Intoleranz, Extremismus und antidemokratischen Bewegungen entgegenreten und eine Wiedergeburt totalitärer Herrschaft verhindern.

## A–Ž

Die permanente Rubrik am Ende des Almanachs beinhaltet aktuelle Nachrichten, Informationen und Besonderheiten, die das Leben der Archivare mit sich bringt. In dieser Nummer können sich Leser mit kurzen Beiträgen von Tomáš Slavík, Pavel Vaněk a Světlana Ptáčnicková vertraut machen.

Překlad Mgr. Alena Collerová